

Notizen

Zum neuen Bischof von Osnabrück ernannte Johannes Paul II. den Paderborner Weihbischof Franz-Josef Bode (44). Er tritt die Nachfolge von Bischof Ludwig Averkamp an, der 1994 erster Erzbischof des neuen Erzbistums Hamburg wurde. Durch die Errichtung des „Nordbistums“ Hamburg wurde das Bistum Osnabrück um das Gebiet von Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg verkleinert. Der neue Bischof von Osnabrück war seit 1991 Weihbischof in Paderborn und zuvor Präfekt im dortigen Theologenkonvikt. – Nach der Neubesetzung von Osnabrück ist derzeit in Deutschland nur noch das Bistum Eichstätt vakant.

Den unterschiedlichen Schwierigkeiten der Kirche in den ehemals kommunistischen Staaten, sich auf die neuen Situationen in ihren Ländern einzustellen, widmeten sich die Referenten des 45. Internationalen Kongresses „Kirche in Not“, der Anfang September in Königstein stattfand. So beklagte der Präsident der Christlichen Akademie in Prag, Tomáš Halík, eine Atmosphäre der Angst vor der Freiheit, die ein ideales Klima für Fundamentalismus und Extremismus schaffe. Der polnische Jesuit Adam Zak bedauerte, daß vielen Polen die Kirche, die den Wandel in Polen vorbereitet habe, heute als totalitäre Institution erscheine. Dieser Eindruck werde zwar von Ex-Kommunisten wie Liberalen auch geschürt, die in einer Führungskrise befindliche polnische Kirche leiste ihm aber auch selbst durch ungeschicktes Agieren Vorschub.

Die Kirche müsse durch Evangelisierung, Katechese und Sorge um die Betroffenen auf die starke Verbreitung magischer Praktiken in der Bevölkerung reagieren. Das ist das Grundanliegen eines Pastoral-schreibens der italienischen Bischöfe der Region Kampanien über Aberglaube, Magie und Satanismus. Das Dokument geht davon aus, daß mehrere Millionen Italiener solchen magischen Praktiken vertrauen oder regelmäßig zu ihnen Zuflucht nehmen. Angesichts eines Phänomens, das so große Ausmaße angenommen habe und den authentischen Glauben der Katholiken bedrohe, brauche es mehr Information, Sensibilisierung und Bildungsarbeit zu diesem Thema. Die Bischöfe mahnen auch zur Wachsamkeit gegenüber manchen Formen

der Volksfrömmigkeit, etwa bei angeblichen Erscheinungen. Menschen die zur Bewältigung ihrer Existenz auf magische Praktiken zurückgreifen, sollten in der Kirche Gehör und Zuwendung finden, um so Angst und Unsicherheit überwinden zu können.

In einer gemeinsamen Erklärung informierten die Bundesregierung und die EKD über zwei Gespräche zum Thema Militärseelsorge, die Ende Juli und Ende August unter Teilnahme von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Ratsvorsitzenden der EKD, Landesbischof Klaus Engelhardt, stattgefunden haben. Wörtlich heißt es darin: „Der Bundeskanzler bekräftigte die Absicht der Bundesregierung, uneingeschränkt am Militärseelsorge-Vertrag in der jetzigen Fassung festzuhalten, da sich dieser als Grundlage einer optimalen seelsorgerischen Betreuung bewährt habe und dem Wunsch der evangelischen Soldaten entspreche.“ Zudem stelle der Vertrag aus dem Jahr 1957 die Gleichbehandlung zwischen evangelischen und katholischen Christen in der Bundeswehr sicher. Der Bundeskanzler habe betont, die öffentliche Diskussion über die Militärseelsorge dürfe nicht auf dem Rücken der Soldaten ausgetragen werden. Der Synodenbeschluß vom November letzten Jahres (vgl. HK, Dezember 1994, 600), nach dem künftig auch Pfarrer im Kirchendienst als hauptamtliche Militärseelsorger tätig sein sollen, hat Verhandlungen zwischen dem Rat der EKD und der Bundesregierung erforderlich gemacht.

Eine weltweite Ächtung von Minen ist nach Einschätzung der Bundesregierung „weder unter den Vertragsstaaten des Minenprotokolls noch im Kreise unserer Partner und Verbündeten konsensfähig“. In einer Antwort auf eine kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis '90/Die Grünen teilte die Bundesregierung mit, daß sie Einsatz- und Exportverbote für metalllose und fernverlegte Minen anstrebe. Auf der Wiener Konferenz zur Überprüfung des UN-Waffenabkommens (vgl. HK, Juli 1995, 394) werde sie sich für Einsatzbeschränkungen und Einsatzauflagen für Antipersonenminen ohne Selbstzerstörungsmechanismus einsetzen. Die Bundesregierung betonte, daß sie zur Verlängerung des deutschen Exportmoratoriums bereits sei, es jedoch nicht auf weitere Minentypen ausdehnen wolle. Erst unlängst hatte der

Limburger Bischof Franz Kamphaus die Bundesregierung aufgefordert, sich für ein Verbot von Landminen stark zu machen und selbst erste Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

Der von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) vorgestellte Gesetzentwurf für die Reform des Kindschaftsrechts hat in wichtigen Punkten Kritik hervorgerufen. Im Rahmen dieser Reform sollen u. a. Nachteile für nichteheliche Kinder beseitigt und das Sorgerecht bei Kindern nach einer Scheidung der Eltern neu gefaßt werden. So sollen nach einer Scheidung im Regelfall beide Partner die Verantwortung für das Kind behalten. Die frauenpolitische Sprecherin der SPD, Hanna Wolf, wandte ein, daß in den meisten Fällen so erhebliche Konflikte zwischen den geschiedenen Partnern bestünden, daß der Vorrang der gemeinsamen Verantwortung nicht zu verantworten sei. Ähnlich hatten sich auch die Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehende (AGIA) geäußert, ein Zusammenschluß katholischer Verbände, sowie die Frauengruppe der Bundestagsfraktion der Unionsparteien.

In der Nähe von Budapest fand unlängst die erste Konferenz mittel- und osteuropäischer Religionssoziologen statt. Sie befaßte sich mit der religiös-kirchlichen Entwicklung im früher kommunistisch beherrschten Teil Europas. Man kam bei der Analyse des vorliegenden soziologischen Materials zu dem Schluß, die östlichen Länder erlebten seit mehreren Jahren einen anhaltenden religiösen Aufschwung, der sich allerdings nur zu einem kleinen Teil in einer Zunahme der Kirchlichkeit niederschläge. Die neue Religiosität manifestiere sich eher in neuen religiösen Bewegungen und Sekten. Die osteuropäischen Religionssoziologen möchten ihre Zusammenarbeit ausbauen und in zwei Jahren eine Folgekonferenz veranstalten. Man hoffe, so hieß es nach der Konferenz, den vollen Anschluß an die westlichen Kollegen erreichen zu können.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind je eine Beilage des Verlages Herder, Freiburg, und der KNA – Katholischen Nachrichten-Agentur, Bonn, beigefügt.